C24: Antigua und Barbuda bekundet seine Unterstützung dem Autonomieplan, „als Lösung auf Kompromisswege“ gegenüber

Bali–Antigua und Barbuda bekundeten vor den Mitgliedern des Ausschusses der 24 (des C24) der Vereinten Nationen dessen Unterstützung dem Autonomieplan als „Lösung auf Kompromisswege“ gegenüber zwecks der Beilegung des Regionalkonflikts rund um die marokkanische Sahara.

Der in 2007 vonseiten des Königreichs Marokko unterbreitete Autonomieplan „steht in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht, der Charta der Vereinten Nationen und den einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats und der Generalversammlung der Vereinten Nationen“, unterstrich der Vertreter von Antigua und Barbuda, Claxton Duberry, im Rahmen des Regionalseminars in der Pazifik des C24, das vom 24. bis zum 26. Mai 2023 in der indonesischen Stadt Bali zustande kommt.

Er stellte überdies die internationale Dynamik zu Gunsten der Autonomieinitiative klar heraus, die in den sukzessiven Resolutionen des Sicherheitsrats bezogen auf 2007 als ernsthaft und glaubwürdig eingestuft wurde und wird, feststellend, dass mehr als 100 Staaten diesem Autonomieplan unter die Arme greifen.

In diesem Kontext würdigte der Diplomat die Einweihung von 28 Generalkonsulaten in den Städten Laâyoune und Dakhla, zwecks dessen sich die wirtschaftlichen und sozialen Opportunitäten zunutze machen zu dürfen, wovon die marokkanische Sahara als Zentrum für Entwicklung, für Stabilität und für Wohlstand für die afrikanischen Regionen im Mittelmeer und in der Atlantik wimmelt.

Herr Duberry verwies darüber hinaus darauf, dass sein Land die Anstrengungen des persönlichen Gesandten des UNO-Generalsekretärs für die Sahara würdigt, die darauf abzielen, die Wiederaufnahme des Prozesses auf politischem Wege unter der exklusiven Ägide des UNO-Chefs bewerkstelligen zu dürfen, mit einbegriffen seiner beiden Rabat den Lagern Tinduf Algier und Nouakchott abgestatteten Besuche sowie

dessen informellen bilateralen Beratschlagungen, welche er im vergangenen März 2023 in New York mit Algerien, Marokko, Mauretanien und der Front Polisario abhielt.

In diesem Sinne forderte er Algerien, Marokko, Mauretanien und die Front Polisario dazu auf, sich weiterhin am Prozess auf politischem Wege beteiligen zu haben, zwecks dessen eine realistische, pragmatische und dauerhafte Lösung auf politischem Wege für diesen Regionalkonflikt rund um die marokkanische Sahara auf Betreiben des Sicherheitsrats erzielen zu dürfen.

In diesem Zusammenhang forderte er die Wiederaufnahme des Prozesses der Gespräche am runden Tische im gleichen Format und mit den vier Beteiligten, nämlich mit Marokko, Algerien, Mauretanien und der Front Polisario, und dies entsprechend der Resolution 2654 des Sicherheitsrats.

Gleichzeitig pries der Diplomat Marokkos uneingeschränkte Achtung des Waffenstillstands und seine uneingeschränkte und nachhaltige Zusammenarbeit mit der MINURSO, die anderen Parteien dazu auffordernd, zum Waffenstillstand zurückkehren zu haben, da die Sicherheit und die Stabilität der gesamten Region auf dem Spiel stehe, und die Einhaltung des Waffenstillstands imstande sei, allen Hindernissen für die Freizügigkeit der UNO-Mission aus dem Weg räumen zu dürfen.

Er verwies auf die „substantiellen“ Erfolge Marokkos im Bereich der Menschenrechte, die in die Resolutionen des Sicherheitsrats, darunter in die Resolution 2654, eingebettet sind, auch auf die Verstärkung der Rolle der Regionalkommissionen des Nationalen Menschenrechtsrates in Laâyoune und in Dakhla und auf die bilaterale Zusammenarbeit mit dem Amt des Hohen Kommissars für Menschenrechte, mit den Vertragsorganen und mit den Sonderverfahren des Menschenrechtsrats verweisend.

Der Diplomat würdigte außerdem die Dynamik der sozioökonomischen Entwicklung in der marokkanischen Sahara, und dies vermöge der eingespritzten Investitionen und der in die Wege geleiteten Projekte, die im Rahmen des in 2015 ins Leben gerufenen neuen Entwicklungsmodells in den

südlichen Provinzen umgesetzt wurden und werden, unterstreichend, dass diese Initiative einen großen Beitrag zur Verbesserung des menschlichen Entwicklungsindizes in dieser Region geleistet habe.

Der Vertreter von Antigua und Barbuda verwies auch darauf, dass sein Land seine „tiefe Besorgnis“ in Hinsicht auf die Situation der Population in den Lagern Tinduf, im Besonderen in Hinsicht auf die Situation der Frauen und der Kinder, zur Sprache brachte, bei derselben Gelegenheit die Verletzungen ihrer Grundrechte an den Pranger stellend.

In diesem Zusammenhang drängte er die Erfordernis in den Vordergrund, mit ihrer Registrierung in Übereinstimmung mit dem humanitären Völkerrecht, dem Mandat des Amtes des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen, den Empfehlungen des Generalsekretärs und etlichen Resolutionen des Sicherheitsrats bezogen auf 2011, mit einschließlich der Resolution 2654, fortfahren zu haben.

Quellen:

http://www.corcas.com

http://www.sahara-online.net

http://www.sahara-culture.com

http://www.sahara-villes.com

http://www.sahara-developpement.com

http://www.sahara-social.com